Die Wende von der Marktwirtschaft in die Wirtschaftsdiktatur

25.06.2023 | Prof. Dr. Eberhard Hamer

Schon immer standen sich zwei Wirtschaftsprinzipien gegenüber: Das Prinzip der Marktwirtschaft mit unternehmerischer Freiheit und Eigentumsgarantie, welches dezentrales, eigenverantwortliches Wirtschaften ermöglichen und belohnen sollte und andererseits die zentrale Verwaltungswirtschaft, welche Produktion und Verteilung zentral dirigiert und den Wirtschaftsteilnehmern vorschreibt, wann, was und wieviel sie produzieren oder konsumieren dürfen.

Das dramatischste Gespräch zu diesem Thema hat der Verfasser mit dem Zentralplanungschef Chinas führen dürfen. Der Verfasser hatte vor Funktionären über die Privatisierung und ihre Vorteile vorgetragen und daraufhin eine Einladung in das Zentralplanungsbüro bekommen, um dieses Thema zu diskutieren. Ausgangspunkt der Chinesen war die Herrschaft der Partei auch über die Wirtschaft, Ausgangspunkt des Autors dagegen die wirtschaftliche Rentabilität, die er anhand seiner inzwischen allgemeingültigen Privatisierungsformel[1] ...

Im Verlauf des ersten Tages konnte der Autor die Chinesen aus den hunderten von Privatisierungsberechnungen des Mittelstandsinstituts Hannover überzeugen, dass dezentrale Produktion freier Unternehmer prinzipiell um durchschnittlich 30 bis 40 % - oft aber über 100 % - kostengünstiger und deshalb die Versorgung der Bevölkerung dadurch besser sei als durch staatliche Produktion durch Amateurunternehmer.

Die Chinesen räumten ein, dass Privatunternehmen generell kostenorientierter, auf dem Markt reaktionsschneller und variabler die Konsumenten bedienen könnten als öffentliche Anbieter. Der Autor konnte ihnen international nachweisen, dass mehr Unternehmer mehr und bessere Versorgung der Bevölkerung zu billigeren Kosten und Preisen bedeuten, weniger Unternehmer – also mehr Staatsangebot – dagegen teurere, schlechtere und weniger nachfragerechte Versorgung der Konsumenten bedeute.

Die chinesische Wirtschaft wurde damals aber vor allem von staatlichen Großunternehmen bestimmt, die wiederum – wie in der DDR – nicht nur eine Hauptproduktion hatten, sondern viele kleine Untereinheiten bis hin zu Versorgungsangeboten an ihre eigenen Mitarbeiter. Diese Großkonzerne in die marktwirtschaftliche Unternehmerfreiheit zu entlassen, würde die Gefahr der Übernahme und der Herrschaft des internationalen Kapitals bedeuten, befürchteten die Chinesen. Damit würde die Weisungsmacht der Partei reduziert und verlöre de chinesische Volkswirtschaft ihre kollektiven planwirtschaftlich gesteckten Ziele.

Die Chinesen hatten offenbar in der Nacht weitediskutiert, so dass es am zweiten Tage nicht mehr darum gibt, ob freie Privatunternehmer in den unteren Ebenen (Mitteltand) besser seien als die Amateurunternehmer der Partei, sondern nur noch darum, bei welchem Grad von dezentraler Unternehmerfreiheit und zentraler Lenkung das höchste volkswirtschaftliche Wachstum erzielbar und gleichzeitig von der Partei noch lenkbar wäre.

Beim Frühstück fragte der Autor den obersten Zentralplanungssekretär, zu welcher Entscheidung er in der Nacht gekommen sei. Die Antwort: „Die Partei wird die Lenkungsmacht über die Wirtschaft nicht aus der Hand geben!“

Solche Diskussionen fanden auch nach der Wiedervereinigung in der ehemaligen DDR statt, allerdings vor dem Hintergrund, dass das verwaltungswirtschaftliche System der DDR gescheitert war. Dort gab es nur noch 180.000 Unternehmer, wo vor dem Kommunismus mehr als 3 Millionen Unternehmer und ihre Betriebe mehr Sozialprodukt geschaffen hatten als das Ruhrgebiet. Unstreitig sollte deshalb wieder ein marktwirtschaftliches System in den neuen Bundesländern wie in Westdeutschland aufgebaut werden

• mit Gewerbefreiheit für Selbstverantwortliche Unternehmer, die ihre Produktion oder Dienstleistung nach Art, Menge und Preis selbst bestimmen sollten,
• auf eigenes Risiko, aber auch für eigenen Gewinn arbeiten durften
• und deren privatwirtschaftlicher Erfolg durch die Eigentumsgarantie des Grundgesetzes gesichert wurde.

Der Autor hatte damals vorgeschlagen, die "volkseigenen" Betriebe zur Hälfte den eigenen Mitarbeitern vorzubehalten (Mitarbeiterbeteiligung) statt sie zu zerschlagen, an internationale Konzerne zu verschenken

oder anderweitig zu verkaufen. Dies hätte die modernste Marktwirtschaft der Welt werden können, wurde aber von einer von der internationalen Hochfinanz gesteuerten Treuhand-Präsidentin verhindert. So haben die neuen Bundesländer zwar einige Konzernniederlassungen, aber ein Unternehmer- und deshalb ein Wachstumsdefizit, ein Defizit an dezentraler Eigenproduktion, damit Arbeitsplätzen und Steuern, während die Gewinne der Konzernniederlassungen nach Westen bis über den Atlantik fließen.

Dass aber der Wiederaufbau in den neuen Bundesländern trotz dieser Einschränkungen gelungen ist, verdanken wir den 100.000 einheimischen und zugezogenen Unternehmern, welche auf der Grundlage der neuen Gewerbefreiheit und Eigentumsgarantie neue Betriebe, Produktionen und Güterangebot in den neuen Bundesländern geschaffen haben [2].

Der Unterschied der chinesischen und der DDR-Wirtschaftsentwicklung liegt inzwischen darin, dass in der DDR die Verwaltungswirtschaft und damit das Staatsdiktat nach unten hin durchgesetzt wurden und scheiterte. Die chinesische Führung dagegen hat die unteren Wirtschaftsebenen durch Entwicklung eines breiten Mittelstandes freigegeben und sich klug auf das Dirigieren der Großunternehmen und der Zentralplanung konzentriert. Damit sind sie bisher erfolgreich geworden.

Nachdem bis zur Jahrtausendwende wissenschaftlich und politisch unstreitig war, dass die Marktwirtschaft wegen des in ihr entstehenden starken Mittelstandes das effizientere Wirtschaftssystem als eine Verwaltungswirtschaft ist, haben die Milliardäre der internationalen Finanzindustrie durch die Schwab-Bande in Davos und hunderte von NGOs nicht nur eine Globalisierung, sondern eine von den Milliardären gelenkte zentrale Weltwirtschaft zu errichten versucht und mit Hilfe von Finanz- und politischen Krisen sowie mit Panik-Theorien vor Massensterben (Corona), Artensterben, Klimakatastrophe und Weltuntergangsszenarien ihre Forderung nach staatlicher Zwangsregulierung wieder durchsetzen können und wollen – wie Schwab in seinem Buch „The Great Reset“ offen geschrieben hat – die Menschen reduzieren (Weltseuchen wie Corona), Produktion von ihnen nicht beherrschter Branchen (wie z. B. Automobil) durch Zwangsdrosselung des Verbrauches, damit die Nachfrage reduzieren, den Umgang mit der Natur revolutionieren und die Versorgung der Verbraucher nach Menge und Art diktieren.

Der Mittelstand hat diese von einer globalen Oberschicht betriebene Ideologie einer kulturellen, zivilisatorischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Revolution viel zu lange als „Umweltspinnerei“ abgetan und deren Missionare nicht ernst genommen. Seit sie nun aber in den USA, Kanada, Australien und Deutschland an die Macht gekommen sind und die politischen Schaltstationen besetzen konnten, wird die grüne Revolution durch Zwangsregulierung unserer Kultur (Gender), unserer Zivilisation (Auto, Heizung), unserer Gesellschaft (Lockdown) und unserer Wirtschaft (Ökologie statt Ökonomie) plötzlich Wirklichkeit.

International und nun leider auch in Deutschland geht es nicht mehr um individuelle Freiheit, Gerechtigkeit, Eigentum und Wohlstand, sondern um kollektive Ziele und Zwecke wie Klimakorrektur, Multi-Kulti-Gesellschaft, Artensterben und sogar Weltuntergang, die – da sie nicht im Interesse der einzelnen Bürger liegen – zentralstaatlich formuliert, reguliert und diktiert werden müssen.

Früher konnte Beamter wie auch Minister nur werden, wer fachlich dafür vorgebildet und überzeugend war. Seit 2021 sind schon 10.000 Bildungsarme ohne Fachkenntnis Beamte geworden und sogar Bildungsabbrecher Minister, weil es um die Durchsetzung einer Ideologie geht und nicht mehr um das wirtschaftliche Wohl, um die Freiheit und Gerechtigkeit für den einzelnen Bürger.

Wirtschaftlich hat uns die Marktwirtschaft mit individueller Freiheit, Selbstverantwortung, Eigenertrag und Eigentum 70 Jahre lang den höchsten Wohlstand gebracht, den es in Deutschland je gegeben hat.

Nun schwenkt unsere Regierung von Marktwirtschaft wieder um auf Zentralverwaltungswirtschaft, versucht, die Produktion bis hin zu den einzelnen Unternehmern zu regulieren, Produktionen oder Verbrauch zu verbieten, die Handlungsfreiheit unserer Unternehmer durch immer mehr und spezifischere Gesetze zu beschränken, so dass inzwischen die Bürokratie das größte Problem unserer mittelständischen Unternehmer ist, die rechtliche Eigentumsgarantie des Grundgesetzes (Art. 14 GG) durch wirtschaftliche Enteignung zu unterlaufen (Heizungsdiktat, Nutzungsbeschränkungen für die Landwirtschaft, technische Strangulierung des Autos, Energiewillkür u.a.).

Wie unter Hitler, Stalin und Mao Tsetung sind Politik und Staat plötzlich nicht mehr für den Einzelmenschen, sondern für „höhere Ideen“, Ideologien oder Spinnereien da, um diese kollektiv und zentral zu diktieren und durchzusetzen.

Zum ersten Mal merkt jetzt auch der Mittelstand, einen wie hohen Anteil an seinem individuellen Erfolg – den er meist nur sich selbst zuschrieb – wirtschaftsfördernde oder wirtschaftsfremde öffentliche Daten (Produktionsbedingungen) haben. Unter den in den vergangenen Jahrzehnten günstigen

Wirtschaftsbedingungen konnten auch mäßige Unternehmer Erfolg haben. Mit den neuen wirtschaftsschädlichen grünen Wirtschaftsbedingungen werden schon mittelfristig über eine Million auch tüchtige Unternehmer zugrunde gehen. Gegen Zwangsregulierungen, Verbote und bürokratische Beschränkungen hat auch der beste Unternehmer keine Chancen, zu überleben.

Ohne unternehmerische Handlungsfreiheit, ohne Eigentumsgarantie eines Gewinns und unter Druck steigender Auflagen wirtschaftsfremder Bedingungen und wirtschaftlicher Enteignungen sind in Deutschland wirtschaftliche Tätigkeiten nicht nur immer unrentabler, sondern zunehmend nicht mehr möglich. Die Stimmung im Mittelstand ist noch nie so schlecht gewesen wie zurzeit. Der Aufstieg der AfD als politische Alternative zeigt dies deutlich.

Andererseits muss man auch sehen, dass die Mehrheit der Bevölkerung von Wirtschaft meist keine Ahnung hat, jedenfalls nicht wirtschaftlich orientiert ist. 90 % unserer Beschäftigten sind abhängig tätig, bei ihnen hat der Arbeitgeber dafür zu sorgen, dass sie ausreichend Gehalt bekommen.

Die Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes und der öffentlich finanzierten Branchen (Gesundheit, Sozialindustrie, Kultur, Bildung u.a.) sind sogar hierarchische Weisungen gewohnt, die Beamten – vor allem die Lehrer – schon immer die Kerntruppe jeder Obrigkeit, auch in Diktaturen in Deutschland gewesen. „Anweisungen von oben“ werden deshalb in allen öffentlich finanzierten Bereichen befolgt, ganz gleich, ob sie ideologisch oder nützlich sind.

Das hat sich während der Corona-Pandemie gezeigt: die von unserer Regierung und den Regierungsmedien verbreitete Panik hat die Menschen geradezu süchtig danach getrieben, auch den sinnlosesten und sogar schädlichen Regierungsmaßnahmen zu gehorchen (Lockdown) und süchtig fragliche Impfungen zu erbitten, deren Auswirkungen nicht langfristig erprobt waren und für deren Nebenwirkungen die Hersteller keine Haftung übernehmen wollten.

Die unselbständige, Sicherheit suchende, Weisung suchende und jeder politischen Führung gehorsame Mehrheit unseres Volkes ist so führungsgläubig, dass – solange es ihnen noch einigermaßen gut geht und die Ideologie der politischen Führer von den öffentlichen Medien getrommelt wird – sie selbst für sich schädliche Maßnahmen akzeptieren und sie sich sogar zum Kriege treiben lassen [3].

Die politische Wende von der Marktwirtschaft – dem freien, individuellen Handel, Nutzen und Eigentum – zur von politischen Führern diktierten Zentralverwaltungswirtschaft und ihrer kollektiven Ideologie-Diktatur bringt den Obrigkeitsbürger selbst dann nicht auf die Barrikaden, wenn ihm dafür Freiheit und Eigentum entzogen werden. Erst wenn dann – wirtschaftlich zwangsläufig – Verarmung einsetzt, fühlen die Leute sich von der Führung und Ideologie betrogen und werden rebellisch werden, erst recht diejenigen, die aus der ganzen Welt unter dem Versprechen der Rundumversorgung zu uns gelockt wurden und sich mit Recht betrogen fühlen, wenn sie diese Leistung nicht mehr bekommen können.

Die Minderheit der wirtschaftlich Gebildeten weiß: Ökologie statt Ökonomie bringt Armut. Solange eine Mehrheit diese aber noch nicht existenzbedrohlich fühlt und die Medien nichts anderes verkünden, folgt sie den Verführern bis zum eigenen Untergang.

© Prof. Dr. Eberhard Hamer
Mittelstandsinstitut Niedersachsen e.V.

[1] Vergleich der Produktionskosten der staatlichen Organisationen pro Produkt mit den von privaten Unternehmen angebotenen Marktpreisen; vgl. Hamer, E. „Privatisierung als Rationalisierungschance“, Minden 1981, S. 99 ff.
[2] Und dies unter widrigeren Umständen als der West-Aufbau ab 1947. Damals waren alle Nazi-Gesetze abgeschafft und große Handlungsfreiheit dadurch gegeben; der Aufbau Ost musste unter dem Handycap eines strangulierenden Regulierungsnetzes und 90.000 bis daher im Osten unbekannten Vorschriften erkämpft werden.
[3] Bis zum Ende des letzten Weltkrieges hatte die Regierung eine Mehrheit der Bevölkerung hinter sich.

Dieser Artikel stammt von GoldSeiten.de
Die URL für diesen Artikel lautet:
https://www.goldseiten.de/artikel/584796--Die-Wende-von-der-Marktwirtschaft-in-die-Wirtschaftsdiktatur.html

Für den Inhalt des Beitrages ist allein der Autor verantwortlich bzw. die aufgeführte Quelle. Bild- oder Filmrechte liegen beim Autor/Quelle bzw. bei der vom ihm benannten Quelle. Bei Übersetzungen können Fehler nicht ausgeschlossen werden. Der vertretene Standpunkt eines Autors spiegelt generell nicht die Meinung des Webseiten-Betreibers wieder. Mittels der Veröffentlichung will dieser lediglich ein pluralistisches Meinungsbild darstellen. Direkte oder indirekte Aussagen in einem Beitrag stellen keinerlei Aufforderung zum Kauf-/Verkauf von Wertpapieren dar. Wir wehren uns gegen jede Form von Hass, Diskriminierung und Verletzung der Menschenwürde. Beachten Sie bitte auch unsere AGB/Disclaimer!

Die Reproduktion, Modifikation oder Verwendung der Inhalte ganz oder teilweise ohne schriftliche Genehmigung ist untersagt!
Alle Angaben ohne Gewähr! Copyright © by GoldSeiten.de 1999-2024. Es gelten unsere AGB und Datenschutzrichtlinen.